

**Dr. Regina Görner**  
geschäftsführendes Vorstandmitglied  
der IG Metall

Lingen, 1. Mai 2009

**1. Mai - Rede  
DGB-Region Osnabrück-Emsland  
auf dem Emshof  
in Lingen**

---

**- es gilt das gesprochene Wort -**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine Damen und Herren,

schön, dass Ihr so zahlreich an unserer  
Mai-Veranstaltung teilnehmt!

Der 1. Mai ist der Tag der Arbeit. Solange Menschen diesen 1. Mai gefeiert haben, ging es immer um die Würde der Arbeit und um den Respekt, den die Arbeit, den die arbeitenden Menschen in der Gesellschaft verdienen. Das war vielleicht nie so wichtig wie heute.

Alle haben es gespürt: Da ist etwas in den letzten Jahren völlig aus dem Gleis gelaufen. Arbeit war in der Gesellschaft nur noch ein Kostenfaktor, den man möglichst klein halten wollte. Alles drehte sich um das Kapital, um die Renditen, die das Kapital erzielen sollte, und alles andere musste sich dem unterordnen – nicht nur die arbeitenden Menschen, sondern auch der Staat. Shareholder Value, das Wohl des Aktionärs, war die Maxime - das Wohl der Menschen, das Gemeinwohl war kein Thema mehr.

Wohin das führt, wohin das führen musste, ist inzwischen offenbar: Das Finanzmarktsystem droht zusammenzuberehen. Die Staaten und die Steuerzahler müssen unvorstellbare Anstrengungen auf sich nehmen, um gegenzusteuern. Die Wirtschaft ist im freien Fall. Die Konjunktur bricht in einer Weise ein, die die Industriestaaten seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt haben.

Leiharbeiter und befristet Beschäftigten haben ihre Arbeitsplätze als Erste verloren. Nun drohen Massenentlassungen, Wohlstandsverluste, Einnahmeausfälle bei den Steuern und im Sozialsystem. Und das nicht nur bei uns, sondern weltweit.

Die Chefideologen des Shareholder Value haben das Unheil angerichtet und sind nicht in der Lage, auch nur den kleinsten Beitrag zur Bewältigung der Krise zu leisten. Alles, was ihnen einfällt, ist Marktbereinigung. „Lasst doch einfach alles kaputt gehen. Dann wird schon das Richtige übrigbleiben.“ Als ob die Welt ein Killerspiel wäre, wo man mal locker draufhält und, wenn es schief geht, drückt man einfach den Restart-Knopf! Schon kann der Spaß weitergehen!

Anrede,

die Welt ist kein Videospiel. Hier sind Menschen betroffen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ihre Familien, ihre Gemeinden, ganze Gesellschaften und Kulturen! Hier ist Verantwortung gefordert, Verantwortung für das Gemeinwohl, und endlich wieder Respekt für Arbeit und Respekt vor den arbeitenden Menschen.

Die Kasinokapitalisten mit ihrer Zockerökonomie haben keine Lösungen. Dabei sagt einem der gesunde Menschenverstand, dass man endlich wieder zu den Grundprinzipien zurückkehren muss, die eine Soziale Marktwirtschaft ermöglichen:

- Markt ja, aber nur da, wo er funktionieren kann.
- Ein starker Staat, der national aber auch international für alle gleiche Rahmenbedingungen setzt und das auch durchsetzen kann.
- Arbeit ist keine Ware, und sie darf auch nicht so behandelt werden.
- Arbeit und Kapital müssen auf Augenhöhe sein. Und wie es in der christlichen Soziallehre heißt, die mich und im Übrigen auch das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft geprägt hat: Arbeit ist mehr wert als Kapital, weil sie nicht nur ein Instrument ist, eine Sache, wie das Geld, sondern weil sie zum Menschen selbst gehört, Ausfluss des Menschen ist.

Anrede,

worum geht es heute, an diesem 1. Mai?

Das oberste Ziel ist, die Beschäftigung zu sichern, denn Arbeitsplatzverluste machen alles nur schlimmer: Nicht nur für die Menschen selbst. Weniger Arbeit bedeutet weniger Steuern und Versicherungsbeiträge. Weniger Arbeit bedeutet aber auch weniger Kaufkraft. Dadurch würde die Abwärtsspirale weiter verstärkt.

Deshalb sagen wir: „Keine Entlassungen in 2009“! Die IG Metall, aus der ich komme, hat dazu seit dem Winter viele Vorschläge gemacht. Glücklicherweise hat die Bundesregierung davon ja auch Wichtiges übernommen:

- Wir haben früh Konjunkturprogramme gefordert und konkrete Vorschläge gemacht. Wir haben uns

jedes Mal anhören müssen, das sei alles gar nicht nötig. Und schließlich sind dann doch wesentliche Teile umgesetzt worden. Und das ist gut so.

- Wir haben z.B. Verbesserungen der Bedingungen für Kurzarbeit vorgeschlagen, damit es nicht zu Entlassungen kommen muss. Die Bundesregierung hat sich dem schon im Winter erfreulicherweise angeschlossen. Und wir haben jetzt gefordert, das Instrument noch einmal attraktiver zu machen. Auch hier scheint die Bundesregierung aktiv werden zu wollen. Auch das ist gut so.
- Und wir haben vorgeschlagen, eine Umweltprämie für Altfahrzeuge einzuführen. Auch das war anfangs sehr umstritten, aber selbst die Wirtschaftsweisen geben inzwischen zu, dass es wirkt. Es bringt Entlastung in einem besonders belasteten Bereich der Wirtschaft, in der Automobilindustrie. Das hilft vielen: Nicht nur den Autokäufern, sondern den Herstellern und den vielen Zulieferern, dem Maschinenbau, aber auch den Händlern – und – was immer gern übersehen wird: Es gibt auch erhebliche Rückflüsse an den Staat, und damit an uns alle – durch die Mehrwertsteuer, aber auch durch die Lohnsteuer derjenigen, die dadurch ihren Job nicht verloren haben.

Die Gewerkschaften haben Vorschläge gemacht. Nicht alle sind aufgegriffen worden, aber was umgesetzt wurde, ist erkennbar hilfreich. Deshalb bin ich sicher, dass wir auch mit weiteren Vorschlägen erfolgreich sein können. Wir brauchen unser Licht überhaupt nicht unter den Scheffel zu stellen.

Aber wir wollen nicht nur an den Symptomen herumkurieren. Wir wollen ein anderes Politikmodell, eines das wieder Maß nimmt am Menschen, an den Familien, an den Kommunen und Regionen, damit deren Belange endlich wieder in den Mittelpunkt der Politik kommen.

Wir wollen, dass endlich wieder wirkliche Werte unsere Gesellschaft bestimmen, nicht nur Renditen und Bonuszahlungen. Wir wollen Gerechtigkeit und Solidarität, Freiheit und Verantwortung, Respekt und Menschenwürde als Maßstab von Politik und Wirtschaft.

Wir wollen, dass die Politik endlich wieder wahrnimmt, was die Menschen selbst wollen. Wir wollen das Feld nicht mehr einer Horde selbsternannter Wirtschafts- und Sozialexperten überlassen. Wir wollen die Menschen selbst fragen, wie sie sich ihr Leben vorstellen, und wir verlangen von der Politik, dass sie das endlich ernst nimmt.

Deshalb fragen wir in der IG Metall in unserer Kampagne „Gemeinsam für ein gutes Leben“ jeden Einzelnen, was für sie, für ihn ein gutes Leben bedeutet, was sie für die Zukunft wollen und was sie von der Politik in diesem Zusammenhang erwarten. Wir werden die Politiker und Politikerinnen, die Parteien, die Medien mit den Ergebnissen konfrontieren, nicht zuletzt im Bundestagswahlkampf.

Darum: Macht alle mit bei dieser Befragung! Füllt den Fragebogen aus! Das kann man heute hier tun, aber natürlich überall, in den Betrieben, auf öffentlichen Plätzen oder in der Freizeit. Und natürlich auch im Internet! Das soll die größte Fragebogenaktion werden, die dieses Land je gesehen hat. So etwas kann die Politik nicht einfach beiseite wischen.

Deshalb ermuntert viele Menschen mitzumachen, damit alle in der Politik verstehen: Hier artikulieren sich die wirklichen Experten, die Experten in eigener Sache.

Und wir wollen am 5. September in Frankfurt mit einer Veranstaltung in der Commerzbankarena nach außen hin zeigen, wie viele Menschen unsere Forderung nach einem anderen Politikmodell mittragen. Deshalb auch hier: Kommt alle mit! Dann wird die sogenannte „schweigende Mehrheit“ in unserem Land ein Gesicht bekommen – Euer Gesicht! -und nicht mehr zu übersehen und zu überhören sein.

Worum geht es uns vor allem?

Ich glaube, wir alle machen uns die größten Sorgen um die jungen Menschen, um ihre Zukunftsaussichten. Und leider sind es ja die Jungen, die am ehesten unter den Fehlentwicklungen der letzten Jahre zu leiden haben und die als erste den Preis für die Krise zahlen mussten.

Es sind die Jungen, die sich mit den miesen, schlecht bezahlten Jobs zufrieden geben mussten, die jetzt als erste über die Klinge gesprungen sind.

Es sind die Jungen, die nur Leiharbeit bekommen konnten und die gehen mussten, sobald die Aufträge zurückgingen.

Es sind die Jungen, deren befristete Jobs jetzt einfach nicht mehr verlängert werden, sondern sang- und klanglos auslaufen.

Es sind die Jungen, denen Ausbildungsplätze und gute Schulen vorenthalten wurden, während gleichzeitig die Politiker in Sonntagsreden nicht müde werden von der Bedeutung von Bildung zu reden.

Es sind die Jungen, die nicht wissen, wann sie halbwegs sichere finanzielle Rahmenbedingungen für die Gründung einer Familie haben werden.

Und niemand kann ihnen heute versprechen, dass sie überhaupt noch einmal ein Dauerarbeitsverhältnis bekommen werden. Schon vor dem Ausbruch der Wirtschaftskrise haben nur 2 von drei jungen Leuten, die ihre Ausbildung oder ihr Studium abgeschlossen hatten, anschließend eine Dauerbeschäftigung bekommen. Jeder/Jede Dritte musste sich mit Zeitarbeit, Befristungen, Praktika, Werkverträgen, Scheinselbständigkeiten, und viel zu oft mit Arbeitslosigkeit zufrieden geben.

Und Wirtschaftsführer kündigen jetzt schon unverhohlen an, dass nach der Krise die Zahl der normal Beschäftigten noch geringer ausfallen wird. Und damit



das auch so ist, wollen möglichst viele schon jetzt möglichst schnell entlassen, damit sie aus allen rechtlichen Bindungen heraus sind. Dann können sie künftig noch mehr Arbeit zu möglichst niedrigen Kosten einkaufen. Und eine ganze junge Generation soll sich als Tagelöhner für miese Jobs verkaufen.

Das werden wir nicht zulassen! Wir wollen qualifizierte Bildung und Ausbildung für die jungen Menschen. Und wir verlangen, dass die Ausgebildeten dann auch übernommen werden. Deshalb hat die IGMetall-Jugend die Kampagne „Operation Übernahme“ gestartet, mit der wir überall im Land, in den Betrieben und in der Öffentlichkeit für Perspektiven für die Auszubildenden eintreten, die ihnen ein gutes Leben, ein Mindestmaß an Planbarkeit und Sicherheit bieten. Das ist das Mindeste, was wir der jungen Generation schulden!

Und,

Anrede,

das ist keine Utopie! Auch nicht in der Wirtschaftskrise! Wir haben gerade in der besonders betroffenen Stahlindustrie tariflich vereinbaren können, dass die ausgebildeten Azubis alle für mindestens zwei Jahre übernommen werden. Das zeigt also: Es geht! Vorausgesetzt, die Gewerkschaften sind so stark und gut organisiert, wie wir das in der Stahlindustrie - Gott sei Dank - sind.

Aber das geht nur, wenn Menschen sich engagieren, wenn sie Mitglied einer Gewerkschaft werden und mitkämpfen. Dann kann man eben auch in einer tiefen Wirtschaftskrise dafür sorgen, dass die jungen Leute die Chance auf gesicherte Arbeitsverhältnisse haben, von denen man dauerhaft gut leben und eine Familie unterhalten kann.

Die Börsenspekulanten und Aktienbesitzer interessiert das alles nicht. Und die Unternehmensleitungen, von denen sie dicke Profite fordern, meist ebenso wenig. Nur die Interessenvertretung der Arbeitnehmer kann da gegenhalten, die Betriebs- und Personalräte, die Mitarbeitervertretungen und die Gewerkschaften als Tarifparteien.

Ich will heute am Tag der Arbeit mal allen ein Dankeschön sagen, die sich hier für ihre KollegInnen engagieren. Ich möchte nicht wissen, wo wir heute wären, wenn nicht überall in den betrieblichen und gewerkschaftlichen Gremien Menschen bereit wären, gegenzuhalten.

Und deshalb ist es so wichtig, dass Mitbestimmung nicht länger zur Disposition gestellt wird. Wir brauchen viel mehr Mitbestimmung, damit endlich in den Unternehmen der Faktor Arbeit wieder zählt, damit endlich wieder auf die Menschen und ihre Belange Rücksicht genommen werden kann, damit die jungen Leute endlich wieder Chancen bekommen und nicht nur Risiken!

Es muss Schluss sein mit Profiterwartungen in Größenordnungen, die früher allenfalls beim Drogenhandel oder in der Prostitution erzielt werden konnten. 20% Renditen kann man nicht dauerhaft erwirtschaften, jedenfalls nicht, ohne andere zu betrügen oder zu bestehlen. Jeder solide Handwerker weiß das – und das muss auch wieder in der Industrie und bei den Banken gelten!

Nach der Krise kann es also kein „Weiter so!“ geben. Es muss endlich um die Menschen gehen, sonst sind wir in null Komma nichts in die nächste Krise geschlittert. Das regelt sich alles nicht von selbst. Das müsste inzwischen jeder verstanden haben.

Deshalb ist es wichtig, dass wir in den politischen Entscheidungsgremien Menschen haben, die bereit sind, die Probleme anzupacken, die bereit sind, die Rahmenbedingungen durchzusetzen, die eine Wirtschaft braucht, in der ein gutes Leben möglich ist – und das nicht nur hier bei uns in Deutschland, sondern weltweit, und vor allem natürlich in Europa.

Mir macht es große Sorgen, dass so viele die Europawahl nicht ernst nehmen und gar nicht erst wählen gehen wollen. Dann muss man sich auch nicht wundern, wenn dort die Falschen das Sagen behalten.

Viele meinen ja, Europa bringt gar nichts, allenfalls mehr Bürokratie. Ich kann nur sagen: Ich möchte nicht wissen, wo wir in dieser Wirtschaftskrise wären, wenn es Europa nicht gäbe! Immerhin haben es die europäischen

Regierungen diesmal geschafft, sich auf gemeinsame Positionen für die internationalen Finanzmärkte zu verständigen. Anders als bei der Weltwirtschaftskrise von 1929 handeln die Staaten jetzt nicht gegeneinander, wird nicht die eine Währung gegen die andere getrieben und damit die Abwärtsspirale nur verstärkt. Ohne Europa hätten wir jetzt Verhältnisse wie 1929. Davon bin ich zutiefst überzeugt.

Deshalb: Lassen wir uns Europa nicht von denen miesmachen, die nicht über den eigenen Tellerrand schauen wollen! Geht wählen bei der Europawahl! Schaut Euch die Kandidatinnen und Kandidaten gut an, auch bei der Bundestagswahl natürlich, und fragt sie, was sie tun wollen, um ein anderes Politikmodell, ein gutes Leben für alle zu ermöglichen.

Gemeinsam für ein gutes Leben! Arbeit für alle bei fairem Lohn! Wenn wir zusammenstehen und das Feld nicht den andern überlassen, können wir ein gutes Stück vorankommen.

Es wird viel zu tun geben in den nächsten Wochen und Monaten! Heute aber sollten wir erst mal miteinander feiern. Auch dafür muss Zeit sein in einem guten Leben! Euch allen einen schönen Tag und danke fürs Zuhören!